

## **Bündnis der Bürgerinitiativen begrüßt die Bergisch Gladbacher Resolution zum Klimawandel**

### **Konsequenzen bei der Umsetzung des FNP gefordert**

Schon seit der Veröffentlichung des ersten Vorentwurfs zum FNP weisen die Bürgerinitiativen auf die Notwendigkeit hin, den Klimawandel mit seinen drohenden Folgen vorrangig zu berücksichtigen.

Entsprechend erfreut nimmt das Bündnis der Bürgerinitiativen die nun erfolgte Resolution zur Bewältigung Klimawandels zur Kenntnis.

Die Anerkennung der Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität und die ausdrückliche Selbstverpflichtung der Stadt, alle Entscheidungen vorrangig unter dem Aspekt der möglichen Klimawirkungen zu treffen, muss nun selbstverständlich auch Folgen bei der Umsetzung des FNP nach sich ziehen.

Alle Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebiete, die vom LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz) eindeutig als bedeutsam festgestellt worden sind, müssen aus dem FNP herausgenommen werden. Zumindest dürfen in diesen Bereichen keine Bebauungspläne angegangen werden, so das Bündnis. Konsequenterweise müssen auch die Anträge auf Änderung des Regionalplans wieder zurückgezogen werden, soll die Selbstverpflichtung der Stadtverwaltung sich nicht als reines Lippenbekenntnis ohne Konsequenzen entpuppen – und dies wüsste der Wähler sicher bei den nächsten Kommunalwahlen zu quittieren.